

Vernetztes Handeln im internationalen Vergleich

Nicht nur Deutschland hat sich in seinem außen- und sicherheitspolitischen Handeln dem sogenannten "Vernetzten Ansatz" verpflichtet. Auch in NATO und EU ist die Idee einer engen Verzahnung und Koordination militärischer und nicht-militärischer Mittel in Kriseneinsätzen längst Allgemeingut geworden. "Comprehensive Approach", "Whole of Government Approach" oder "Whole of Nation Approach" heißt es dort.

Allerdings ist diese Vernetzung viel leichter zu fordern, als umzusetzen. Ein internationaler Vergleich mit Deutschlands Partnern zeigt überall die gleichen Probleme: Jeder begrüßt Koordination aber niemand möchte koordiniert werden. Auch treffen im internationalen Krisenmanagement häufig zwei Welten aufeinander – hier das relativ homogene Militär mit eingespielten Strukturen und länderübergreifenden Verfahren. Dort der vielschichtige zivile Sektor, in dem Ministerien, Nicht-Regierungsorganisationen und teilweise private Initiativen nur selten abgestimmt agieren. Wechselseitige Vorbehalte, Wettbewerb um knappe Mittel oder schlicht die Eigenheiten handelnder Personen tun ein Übriges, um im Einsatzgebiet ein Agieren "aus ein Guss" zu erschweren.

Das macht die Vernetzung nicht weniger dringlich, da den heutigen komplexen Konfliktsituationen, wenn überhaupt, nur mit dem ganzen Spektrum staatlichen und nicht-staatlichen Handelns begegnet werden kann. Allerdings bleiben mindestens fünf Erkenntnisse für den Weißbuchprozess haften, wenn man über die Grenzen Deutschlands schaut.

Erstens dürfen die Erwartungen an ein vernetztes Handeln nicht zu hoch gesteckt werden. Koordination und Abstimmung ist ja nicht das Normalverhalten der politisch Handelnden. Vernetzung ist aufwändig, nicht selten kostspielig und erfordert Kompromissbereitschaft auf allen Seiten. Diese ist nicht naturgegeben, sondern muss erlernt bzw. durch konkrete Anreize unabdingbar gemacht werden. So sollte etwa bei der Bereitstellung von Mitteln die Akteure bevorzugt werden, die sich sichtbar zum Netzwerkgedanken bekennen.

Kern vernetzten Handels auf nationaler, wie auch auf internationaler Ebene ist zweitens eine gemeinsame Lageanalyse. Man kann zu unterschiedlichen Maßnahmen greifen – die Basis politischen Handels, das "Joint Assessment" muss aber von allen geteilt werden. Hier gibt es noch erheblichen Nachholbedarf.

Drittens muss auch das Land, in dem der Kriseneinsatz stattfindet, seinen Beitrag zur Effizienz und Vernetzung leisten. Wenn etwa wie in Afghanistan über 80 Prozent des Staatshaushaltes von internationalen Geldgebern finanziert wird, so muss von den Regierenden nicht nur "Good Governance" verlangt werden. Es kann im Einzelfall auch Souveränitätsverzicht nötig sein, um das gemeinsame Ziel, nämlich Konfliktbeendigung und Wiederaufbau, zu erreichen.

Viertens bedeutet Vernetzung auch nicht immer gleichen Einfluss für alle. Wenn, wie in den meisten Kriseneinsätzen der Vergangenheit, die USA stets den Löwenanteil militärischer, ziviler und finanzieller Mittel schultern, dann kommt amerikanischen Verfahren auch meist ein gewisser Vorrang zu. Etwas anderes zu erwarten wäre unrealistisch.

Fünftens schließlich darf die Verpflichtung auf den Vernetzten Ansatz nicht bedeuten, dass man sich im Schwerpunkt auf die zivilen Maßnahmen konzentriert und das gefährvollere militärische Handeln anderen Partnerländern im Einsatz überlässt. In dieser Hinsicht war die Anfang 2014 bekundete Bereitschaft Deutschlands, sich – auch militärisch – stärker in inter-

nationalen Krisen und Konflikten zu engagieren, in den Augen der Verbündeten längst überfällig.

Dr. Karl-Heinz Kamp ist Direktor für Weiterentwicklung an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.